



– Beschlusskammer 6 –

Beschluss

Az: BK6-11-098-A

In dem Verwaltungsverfahren

wegen der Standardisierung vertraglicher Rahmenbedingungen für Eingriffsmöglichkeiten der Übertragungsnetzbetreiber in die Fahrweise von Erzeugungsanlagen

hat die Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn,

durch den Vorsitzenden Christian Mielke,
den Beisitzer Andreas Fixel
und den Beisitzer Jens Lück

am 15.6.2015 beschlossen:

Der Beschluss BK6-11-098 vom 30.10.2012 wird aufgehoben.

Gründe

I.

Die Beschlusskammer hat in Ausgestaltung eines einheitlichen, transparenten und diskriminierungsfreien – und insoweit für alle betroffenen Marktakteure verlässlichen – Verfahrens für die Durchführung von Redispatchmaßnahmen am 30.10.2012 die Festlegung

BK6-11-098 erlassen. Ziel war die Standardisierung vertraglicher Rahmenbedingungen für Eingriffsmöglichkeiten der Übertragungsnetzbetreiber in die Fahrweise von Erzeugungsanlagen.

Gegen diese Festlegung wurden Beschwerden vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf erhoben. Am 28.04.2015 hat das Oberlandesgericht Düsseldorf die Festlegung in zwölf Beschwerdeverfahren insgesamt aufgehoben (exemplarisch: VI-3 Kart 331/12 (V)). Zwar sind nach den Ausführungen des Gerichts lediglich die Tenorziffern 2 Satz 3 (netzknotenbezogene Nennwertgrenze) und 3 Satz 2 (Wirkleistungsbezug durch Speicheranlagen) materiell rechtswidrig und die Regelungen im Übrigen nicht zu beanstanden. Da die Festlegung nach Auffassung des Gerichts inhaltlich nicht teilbar war, wurde sie in allen bislang entschiedenen Beschwerdeverfahren insgesamt aufgehoben.

Die Bundesnetzagentur hat keine Rechtsbeschwerde gegen diese Aufhebungsbeschlüsse eingelegt.

II.

1. Die Rücknahme der Festlegung zur Standardisierung vertraglicher Rahmenbedingungen für Eingriffsmöglichkeiten der Übertragungsnetzbetreiber in die Fahrweise von Erzeugungsanlagen (Az. BK6-11-098) beruht auf §§ 29 Abs. 2 S. 2 EnWG, 48 Abs. 1 S. 1 VwVfG.

Die Bundesnetzagentur ist gemäß § 54 Abs. 1 EnWG die für die Rücknahme einer Festlegung im Sinne des § 13 Abs. 1a Satz 3 i. V. m. § 29 Abs. 1 EnWG zuständige Behörde. Die Zuständigkeit der Beschlusskammer ergibt sich aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG.

2. Nach § 48 Abs. 1 S. 1 VwVfG kann ein rechtswidriger Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, ganz oder teilweise mit Wirkung für die Zukunft oder für die Vergangenheit zurückgenommen werden. Das OLG Düsseldorf hat mit seinen Entscheidungen vom 28.4.2015 die Rechtswidrigkeit der Festlegung festgestellt. Soweit es die Festlegung in den bislang entschiedenen Beschwerdeverfahren aufgehoben hat, erstreckt sich die Reichweite der gerichtlichen Entscheidung allerdings nur auf die individuellen Beschwerdeführer, gilt also nur *inter partes*.

Die Festlegung war unter Ausübung pflichtgemäßen Ermessens aus Gleichbehandlungsgründen auch gegenüber solchen Marktbeteiligten aufzuheben, die kein Rechtsmittel eingelegt haben und gegenüber denen die Festlegung somit grundsätzlich Bestandskraft erlangt hat. Ebenso war die Aufhebung gegenüber Marktbeteiligten aufzuheben, deren Beschwerden gegen die Festlegung derzeit noch anhängig sind.

Ziel der Festlegung war es insbesondere, ein einheitliches Vorgehen der Übertragungsnetzbetreiber für die Durchführung von Redispatchmaßnahmen gegenüber der gesamten Branche sicherzustellen. Mit der gerichtlichen Aufhebung der Festlegung gegenüber den Beschwerdeführern ist dies nicht mehr gewährleistet. Insoweit war die Festlegung gegenüber allen betroffenen Marktbeteiligten, d.h. sowohl gegenüber den Übertragungsnetzbetreibern als auch gegenüber Betreibern von Erzeugungs- und Speicheranlagen zurückzunehmen. Soweit die Festlegung in den bislang entschiedenen Beschwerdeverfahren bereits unmittelbar durch das Oberlandesgericht Düsseldorf aufgehoben worden ist, hat die vorliegende Entscheidung der Beschlusskammer keinen eigenständigen Regelungsgehalt.

Nach Überzeugung der Beschlusskammer kommt nur die Rücknahme der ganzen Festlegung und keine Teilrücknahme in Betracht. Soweit hierdurch möglicherweise ein privates Interesse am (teilweisen) Fortbestand der Festlegung berührt wird, hat dieses jedenfalls gegenüber dem öffentlichen Interesse an der gänzlichen Rücknahme zurückzutreten. So führt der Beschluss des OLG Düsseldorf aus, dass die Festlegung inhaltlich nicht teilbar ist. Von daher sind vorteilhafte und nachteilige Wirkungen der Festlegung als unteilbare Einheit anzusehen, aus denen man nicht einzelne Mosaiksteine herauslösen kann. Insoweit wird die Bundesnetzagentur in dem ihr vom Gericht zuerkannten Aufgreifermessen zu prüfen haben, ob und ggf. welche Kombinationen von Redispatchregelungen zukünftig erforderlich sein werden. Diese Prüfung würde durch den teilweisen Fortbestand der Festlegung eingeschränkt.

Durch die Rücknahme der Festlegung entsteht keine Regelungslücke. Insbesondere sind die Betreiber von Erzeugungsanlagen aufgrund des gesetzlichen Schuldverhältnisses des § 13 Abs. 1a i. V. m. Abs. 1 EnWG weiterhin verpflichtet, auf Aufforderung der Übertragungsnetzbetreiber die Wirk- oder Blindleistungseinspeisung ihrer Anlagen anzupassen. Die Übertragungsnetzbetreiber sind im Rahmen ihrer Systemverantwortung berechtigt und verpflichtet, diese Möglichkeiten zu nutzen, um Gefährdungen oder Störungen der Si-

cherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems zu beseitigen. Soweit die Festlegung inhaltlich durch das OLG bestätigt worden ist, beschreibt sie einen rechtlich möglichen Weg für die Übertragungsnetzbetreiber, Redispatch praktisch umzusetzen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann binnen einer Frist von einem Monat ab Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist beim Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten.

Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs.1 EnWG).

Christian Mielke

Andreas Foxel

Jens Lück

Vorsitzender

Beisitzer

Beisitzer